Heft 4-2023 | EUR 9,00 | C 12232

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

Alfred Roth: ver.di und die Digitale Transformation

Christoph Ehlscheid: Ringen um die Aktienrente

Beiträge u.a. von
Ulrike Eifler, Susanne Ferschl, Jan Richter, Göran Therborn, Christoph Spehr, Lutz Brangsch, Hinrich Kuhls, Hartmut Reiners, Roland Kulke, Mario Keßler

Forum Gewerkschaften

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion zwischen den monatlichen Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Neue Bankenpleiten und das Finanzsystem

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck propagiert in Sachen Bankenkrise Entwarnung: Nach der am Wochenende organisierten Übernahme der in Schieflage geratenen Credit Suisse durch die UBS gebe es keinen Anlass zur Beunruhigung. [...]

Eskalation der Rentenproteste in Frankreich

Für Staatspräsident Emmanuel Macron gibt es nach den überstandenen Misstrauensanträgen gegen die Ministerpräsidentin keinen Grund zur Kabinettsumbildung, Auflösung des Parlaments oder einem Referendum. In der Rentenfrage kennt er nach eigenem Bekunden »kein Bedauern und keine Skrupel«. [...]

Ausverkauf bei Galeria Karstadt Kaufhof

Galeria Karstadt Kaufhof macht 52 Filialen dicht, über 5.000 Beschäftigte werden ihren Job verlieren. Nach dem Schließungs-Schock kündigt ver.di massiven Widerstand an, attackiert den Skandal und mobilisiert bundesweit Proteste gegen das Aus der Kaufhäuser. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Heft Nr. 4 | April 2023 | 50. Jahrgang | Heft Nr. 482

Klimaalarm

Björn Radke: Weltklimarat: Klimawandel entschärfen 2

Joachim Bischoff/Björn Radke: Umweltschäden mindern deutsche Wirtschaftsleistung 5

Verteilungs- & Wahlkämpfe

Bernhard Müller: Inflation provoziert Verteilungskonflikte 9

Christoph Spehr: Der lange Schatten Berlins. Landtagswahl in Bremen: Bewährungsprobe für Rot-Grün-Rot und für DIE LINKE 15

Hartmut Reiners: Krankenhausreform – Schwerpunkte und Hindernisse 20

Neue Welt(un)ordnung

Lutz Brangsch: Russländische Linke in der Vielfalt der Oppositionen 24

Roland Kulke: Das hindunationalistische Projekt in Indien 28

Hinrich Kuhls: 25 Jahre Friedensprozess in Nordirland Vom Belfaster Vertrag zum Windsor-Rahmenabkommen 33

Forum Gewerkschaften

Karl Wolff: Wenn die Basis aufbegehrt Studentische Beschäftigte im Arbeitskampf 38

Christoph Ehlscheid: Ringen um die Aktienrente 41

Richard Detje/Otto König: Gute Arbeit im Krisenjahrzehnt. Einblicke des DGB Index Gute Arbeit in die Wahrnehmung der Arbeitsgesellschaft 42

Alfred Roth: Digitale Transformation in Zeiten der Vielfachkrise Herausforderungen für die ver.di-Fachgruppe Druck, Verlage, Papier und Industrie 45

Die Linke im 21. Jahrhundert

Göran Therborn: Die Herrschaft der herrschenden Klasse und ihr Wandel Die Linke im 21. Jahrhundert vor neuen Herausforderungen 49

Joachim Bischoff: Neue Betriebsweise und Umwälzung der Weltordnung im 21. Jahrhundert 53

Erinnerung | Debatte

Mario Keßler: Heldentum und Tragik Zum 125. Geburtstag von Paul Robeson 58

Ulrike Eifler/Susanne Ferschl/Jan Richter: Die Zukunft der Linkspartei 64

Impressum | Veranstaltungstipps | Film

Impressum 67

Tipps zum Hingehen oder Online 68

Klaus Schneider: Tár (Filmkritik) 69

Supplement

Benjamin-Immanuel Hoff: **Über die Praxis linken Regierens**
Die rot-rot-grüne Thüringen-Koalition

Weltklimarat: Klimawandel entschärfen

von ■ Björn Radke

Foto: picture alliance/dpa

Der Weltklimarat IPCC[1] hat jetzt den Synthesebericht des sechsten Sachstandsberichts (AR6) veröffentlicht. Er schließt den etwa achtjährigen Bewertungszyklus des IPCC ab mit dem bahnbrechenden 1,5-Grad-Bericht in 2018, den beiden Sonderberichten über Land und Klima sowie Ozeane und Kryosphäre in 2019, und den drei regulären IPCC-Arbeitsgruppenberichten über die physikalische Wissenschaft, Anpassung und Auswirkungen (in 2021) und Minderung (in 2022).

Im Abschlussbericht wird konstatiert, dass die 1,5-Grad als Grenze weltweit nicht infrage gestellt wird. Allerdings gehen die meisten der bewerteten Emissionsreduktionspfade von einer Überschreitung der 1,5-Grad-Marke aus und setzen auf die gefährliche, risikoreiche und unbewiesene Beseitigung des Kohlendioxids wie auf stetiges Wachstum, statt auf den erforderlichen tiefgreifenden und systemischen Wandel. Zudem spielen fossile Brennstoffe in den Szenarien noch bis 2050 eine Rolle. Da die Folgen der Klimakrise dramatischer sind, als zuvor angenommen, sei ein radikales Umlenken dringend nötig. Der UN-Generalsekretär António Guterres: Die Klima-Zeitbombe tickt und bis sie hochgehe, bleibe nicht mehr viel Zeit.

Im Sachstandbericht[2] heißt es: »Menschliche Aktivitäten haben eindeutig die globale Erwärmung verursacht, vor allem durch die Emission von Treibhausgasen. Dadurch lag die globale Oberflächentemperatur im Zeitraum 2011–2020 um 1,1°C höher als der Wert von 1850–1900. […] Es haben weitverbreitete und schnelle Veränderungen in der Atmosphäre, im Ozean, in der Kryosphäre und der Biosphäre stattgefunden. Der vom Menschen verursachte Klimawandel wirkt sich bereits auf viele Wetter- und Klimaextreme in allen Regionen der Welt aus. Dies hat zu weitverbreiteten nachteiligen Folgen und damit verbundenen Verlusten und Schäden für Natur und Menschen geführt. Verwundbare Bevölkerungsgruppen, die historisch am wenigsten zum aktuellen Klimawandel beigetragen haben, sind unverhältnismäßig stark betroffen.«

Schon jetzt sind Folgen wie häufigere und stärkere Hitzewellen, Überschwemmungen und Dürren deutlich, etwa die Hitze und Überschwemmungen in Kalifornien, Indien und Pakistan im Jahr 2022 und die anhaltende Dürre südlich der Sahara und Südafrika. Besonders betroffen von den Klimaveränderungen ist der globale Süden. Länder wie das westafrikanische Niger, Somalia, Indonesien, Afghanistan oder Haiti gelten als besonders gefährdet. Aber auch bei uns ist spürbar, dass die Zahl der Extremwetter-Ereignisse steigt. Allein in Deutschland hat es in den letzten 20 Jahren über 600 Überschwemmungen, Waldbrände oder Dürren gegeben. Das hat eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) ermittelt. Die Kosten in Deutschland beliefen sich demnach auf 145 Mrd. Euro.

Über die Hälfte, 75 Mrd. Euro, entfielen dabei auf drei große Ereignisse: die Hitzesommer 2018 und 2019 sowie die Flut 2021. Auch die Schäden in NRW waren enorm. Bei der Flut wurden Wohngebäude, Hausrat und Betriebe zerstört. Die Infrastruktur wurde in vielen Gemeinden stark in Mitleidenschaft gezogen. Durch die Dürren gab es Ernteausfälle. Auch dem Wald im Westen

geht es aufgrund von Trockenheit und Schädlingen sehr schlecht.

Zusätzlich droht eine Verschärfung der Situation durch das Wetterphänomen »El Niño«. Da El Niño auch kurzfristig die globalen Temperaturen erhöht, könnte das Jahr 2024 das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen werden. Das berichten Wissenschaftler*innen des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), der Justus-Liebig-Universität Gießen und zweier Pekinger Universitäten in einer aktuellen Analyse. »Die letzten drei Jahre waren durch La Niñas, d.h. Abkühlung im östlichen und zentralen Pazifik, gekennzeichnet. Diese La Niñas haben die globalen Temperaturen vorübergehend um etwa -0,1 °C gesenkt. Wenn El Niño in diesem Jahr wieder in den Vordergrund tritt, ist mit einem deutlichen Anstieg der globalen Temperaturen zu rechnen«, erklärt Hans Joachim Schellnhuber, emeritierter Direktor des PIK.

Ebenso ernüchternd ist die Feststellung des Berichtes über die öffentlichen Aufwendungen: »Die derzeitigen globalen Finanzströme für Anpassung sind unzureichend für die Umsetzung von Anpassungsoptionen und schränken diese ein, insbesondere in Entwicklungsländern. […] Die globalen Treibhausgasemissionen im Jahr 2030, die sich aus den bis Oktober 2021 angekündigten national festgelegten Beiträgen (Nationally Determined Contributions, NDC) ergeben, machen es wahrscheinlich, dass die Erwärmung im Laufe des 21. Jahrhunderts 1,5 °C überschreitet und erschweren die Begrenzung auf unter 2 °C. Es gibt Lücken zwischen den projizierten Emissionen aus umgesetzten Maßnahmen und denen aus den NDC, und die Finanzströme erreichen nicht das Niveau, das nötig wäre, um die Klimaziele in allen Sektoren und Regionen zu erreichen.« Das ist eine klare Aufforderung an die politischen Akteure, vor allem die der reichen Industriestaaten des Nordens, endlich ihren Versprechen entsprechende Taten folgen zu lassen.

Schon auf der COP 27 in Sharm el Sheik (Ägypten)[3] im November 2022 war der Konflikt um die Finanzierung der Folgen ein zentrales Thema. Zu Beginn wurde der Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change) veröffentlicht, der gemeinsam von den Regierungen Ägyptens und Großbritanniens in Auftrag gegeben worden war. Aus diesem geht hervor, dass der Klimawandel sich schneller vollzieht als bisher angenommen, die Auswirkungen und Schäden größer sind als vorhergesehen und die Zeit für Abhilfemaßnahmen immer knapper wird.

Die Tatsache, dass die Zusage der Industrieländer, bis 2020 jährlich 100 Mrd. US-Dollar für die Klimafinanzierung bereitzustellen, auf den aufeinanderfolgenden COPs nicht eingehalten wurde, habe das Vertrauen erschüttert. Die Welt brauche einen Durchbruch und einen neuen Fahrplan für die Klimafinanzierung. Jährliche Investitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern (außer China) zur Senkung der Emissionen, zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und zur Bewältigung der durch die Auswirkungen des Klimawandels verursachten Verluste und Schäden sowie zur Wiederherstellung von Natur und Land sollten bis 2030 mehr als zwei Bio. US-Dollar betragen. Der jährliche Gesamtinvestitionsbedarf der Schwellen- und Entwicklungsländer mit Ausnahme Chinas wird auf eine Bio. US-Dollar im Jahr 2025 und 2,4 Bio. US-Dollar im Jahr 2030 geschätzt.

Der zentrale Hebel zur Bewältigung der Krise ist laut IPCC-Bericht die entschlossene Senkung der Treibhausemissionen: »Die Begrenzung der vom Menschen verursachten globalen Erwärmung erfordert netto Null CO2-Emissionen. Die kumulierten Kohlenstoffemissionen bis zum Erreichen von netto Null CO_2-Emissionen sowie das Ausmaß der Treibhausgasemissionsminderungen in diesem Jahrzehnt bestimmen weitgehend, ob die Erwärmung auf 1,5 °C oder 2 °C begrenzt werden kann. […] Globale netto Null CO_2-Emissionen werden bei diesen Pfadkategorien in den frühen 2050er-Jahren beziehungsweise in den frühen 2070er-Jahren erreicht. Wenn die Erwärmung ein bestimmtes Niveau wie zum Beispiel 1,5 °C überschreitet, könnte sie schrittweise wieder gesenkt werden, indem netto negative CO_2-Emissionen erreicht und aufrechterhalten werden. Dies würde im Vergleich zu Pfaden ohne Überschreitung einen zusätzlichen Einsatz von Kohlendioxidentnahme erfordern, was zu größeren Bedenken hinsichtlich Machbarkeit und Nachhaltigkeit führt. Eine Überschreitung bringt nachteilige Folgen mit sich, einige davon irreversibel, sowie zusätzliche Risiken für menschliche und natürliche Systeme, die alle mit Ausmaß und Dauer der Überschreitung ansteigen.«

Damit ist für die Autor*innen des Berichtes auch klar: »Das Zeitfenster, in dem eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle gesichert werden kann, schließt sich rapide […] Die in diesem Jahrzehnt getroffenen Entscheidungen und durchgeführten Maßnahmen werden sich jetzt und für Tausende von Jahren auswirken.« Darum stehe die Weltgemeinschaft vor einer Entscheidung: »Verzögerte Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels und Anpassung daran würden eine Infrastruktur mit hohen Emissionen festschreiben, die Risiken von verlorenen Vermögenswerten und Kostensteigerungen erhöhen, die Machbarkeit verringern sowie Verluste und Schäden vergrößern.« Die Alternative: »Zeitnahe Maßnahmen sind mit hohen Vorabinvestitionen und potenziell disruptiven Veränderungen verbunden, die durch eine Reihe von förderlichen Maßnahmen gemildert werden können.«

Letztlich brauche es ein gesamtgesellschaftliches Umsteuern: »Die Priorisierung von Gerechtigkeit/Fairness, Klimagerechtigkeit, sozialer Gerechtigkeit, Inklusion und gerechten Prozessen für den Wandel kann Anpassung und ehrgeizige Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels sowie eine klima-

Björn Radke ist Redakteur von Sozialismus.de.

[1] Das »Intergovernmental Panel on Climate Change« (IPCC) – besser bekannt als der »Weltklimarat« – ist eine Institution der Vereinten Nationen. Es ist die größte internationale Forscherkooperation der Welt. Ihre Aufgabe: den aktuellen Kenntnisstand zum Klimawandel zusammentragen und aus wissenschaftlicher Sicht bewerten.

[2] www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_AR6-SYR.pdf.

[3] Siehe dazu auch Björn Radke, »Auf dem Highway in die Hölle«? Magere Ergebnisse der Weltklimakonferenz COP27, in: Sozialismus.de, Heft 12-2022.

resiliente Entwicklung ermöglichen. Die Anpassungsergebnisse werden durch eine verstärkte Unterstützung von Regionen und Menschen mit der höchsten Verwundbarkeit gegenüber Klimagefahren verbessert. Die Integration von Klimaanpassung in soziale Schutzprogramme verbessert die Resilienz.«

Den Bericht kommentiert der IPCC-Leitautor Felix Creutzig so: »Bis 2030 – also in weniger als sieben Jahren – müssen 45% aller globalen Treibhausgasemissionen gesenkt werden, so eine zentrale Aussage des aktuellen IPCC-Berichts. Das ist extrem herausfordernd. Doch die nötigen politischen Maßnahmen, um diesen Reduktionspfad einzuhalten, werden von der Politik nicht ergriffen. [...] Die deutsche Politik ist untätig in Sachen Klimaschutz im Verkehrsbereich. Einerseits herrscht zwar parteiübergreifend die Einigkeit, dass es Klimaschutz und ehrgeizige Ziele braucht. Wenn aber eine konkrete Maßnahme im Raum steht, wird sie oft erst einmal abgelehnt. So wird Deutschland seine Klimaziele nicht erreichen. Gerade wird der Verbrenner-Ausstieg attackiert. Dabei ist das Gebot einer Antriebswende bis 2035 in der Neuwagenproduktion bislang die wichtigste konkrete Maßnahme im Verkehrssektor, die uns im Klimaschutz weiterbringen würde. Ich sehe die konservativeren Parteien da ganz klar in der Verantwortung, die Wichtigkeit des Klimaschutzes auch ihrer Wählerschaft darzustellen. Das zentrale Problem ist: Sie blockieren Klimaschutzmaßnahmen, aber bieten keine Alternativen an. Dabei droht die deutsche Automobilwirtschaft den Anschluss zu verlieren, wenn die Antriebswende verschlafen wird. Eine Blockade des Klimaschutzes ist ein Bärendienst für die deutsche Wirtschaft. [...]

Die gerechte Gestaltung von Klimaschutz ist essenziell und sie gibt es noch nicht. Menschen mit geringerem Einkommen müssen dringend unterstützt werden, zum Beispiel bei der Finanzierung im Wärmebereich, beim Sanieren. Und natürlich auch wieder im Verkehr. Manche Menschen sind eben aufs Auto angewiesen und haben gleichzeitig ein relativ geringes Einkommen. Da braucht es politische Aufmerksamkeit. Sie müssen unterstützt werden, zum Beispiel, in dem der Öffentliche Nahverkehr ausgebaut wird, kostengünstige Sammeltaxen angeboten werden. Auch die Umstellung auf Elektromobilität sollte zusätzlich finanziell unterstützt werden.«

Für den Seniorprofessor der Uni Kiel, Mojib Latif, ist von einer Trendwende noch nichts zu sehen. »Ich muss leider feststellen, dass wir immer noch in die falsche Richtung gehen«, stellt Latif fest. »Der weltweite CO_2-Ausstoß steigt weiterhin an. Wenn der weiter steigt, sind wir alle betroffen. Das ist die Apokalypse.« Die Bemühungen einiger Industrieländer, Treibhausgase einzusparen, werde »überkompensiert von dem, was andernorts passiert«. Als Beispiel nannte er die Volksrepublik China, die aktuell für rund 30% des weltweiten CO_2-Ausstoßes verantwortlich sei. »Die sind nicht bereit im Moment, das sagen sie auch, wirklich ihren Höhepunkt von CO_2-Emissionen jetzt schnell zu erreichen«, stellte Latif fest.

Das entlasse Deutschland als einen der weltweiten Haupttreiber des Klimawandels aber nicht aus der Verantwortung. Die G20-Staaten verantworteten zusammen 80% des globalen CO_2-Ausstoßes. Deshalb müsse man »eigentlich gar nicht über 190 Länder auf den Klimakonferenzen« reden, argumentierte Latif, »eigentlich würden 20 Länder reichen«. Dabei ist der Klimaforscher nicht ratlos, wie es gehen könnte: »Ich würde die Subventionen für die fossilen Energien erst mal wegnehmen.« Für den Fall, dass man konsequent auf erneuerbare Energien setze, prognostizierte Latif »unheimliche Lerneffekte«. Er ist überzeugt: »Dann passieren die Dinge so schnell, womit wir vielleicht gar nicht gerechnet hätten.« Zum Nulltarif wäre indes die von der FDP blockierte durchgehende Geschwindigkeitsbegrenzung auf deutschen Autobahnen zu haben. »Ein paar Millionen Tonnen CO_2 würde man mit dem Tempolimit einsparen«, rechnete Klimaexperte Latif vor. »Wir müssen aber viele Möglichkeiten nutzen, um wirklich einen Effekt zu erzielen. Wir müssen im Klimaschutz zu drastischen Maßnahmen greifen.«

VSA: Nachhaltigkeit

Fritz Reheis
Erhalten und Erneuern
Nur Kreisläufe sind nachhaltig,
Durchläufe nicht
144 Seiten | EUR 12.80
ISBN 978-3-96488-163-2

In einer Situation, in der uns der alte Kompass immer mehr in die Irre führt, unterbreitet der Autor aus einer zeitökologischen Perspektive ein Angebot zur Neuorientierung – ausgehend von einer häufig beanspruchten wie längst zur Floskel verkommenen Leitidee: der »Nachhaltigkeit«.

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de